

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Teuerung hat im Februar angezogen

Bern (AP) Die Teuerung in der Schweiz und in Liechtenstein hat im Februar angezogen. Gegenüber dem Vormonat nahm der Landesindex der Konsumentenpreise um 0,3 Prozent zu und erreichte den Stand von 109,5 (Dezember 1982 = 100) Punkten, wie das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (Biga) am Dienstag mitteilte. Innert Jahresfrist betrug die Teuerung 1,0 Prozent, verglichen mit einer Jahresrate von 0,7 Prozent im Januar dieses Jahres und von 1,3 Prozent im Februar des letzten Jahres.

Die Zunahme des Landesindex ist das Resultat höherer Indexziffern für Bildung und Erholung (plus 1,6 Prozent), Nahrungsmittel (plus 0,5 Prozent) sowie Getränke und Tabakwaren (plus 0,3 Prozent). Unverändert blieb die Gruppenziffer für Verkehr, während sich jene für Heizung und Beleuchtung dank tieferer Heizölpreise um 3,1 Prozent zurückbildete.

Sommerzeit beginnt am 29. März

München (AP) Die Sommerzeit beginnt in diesem Jahr in den frühen Morgenstunden des 29. März. Am letzten Sonntag dieses Monats werden die Uhren wieder um 02.00 Uhr morgens um eine Stunde auf 03.00 Uhr vorgestellt. Die Sommerzeit endet am 27. September. Bereits am 28. März, also einen Tag früher, tritt sie in Bulgarien, Rumänien, der Sowjetunion und auf Zypern in Kraft. Bei Fahrten nach Griechenland, Bulgarien, in die Türkei, nach Finnland, Rumänien und Zypern muss die Uhr dann nochmals um eine Stunde vorgestellt werden, da dort die Mitteleuropäische Zeit plus zwei Stunden gilt, in der Sowjetunion nach Moskauer Zeit sogar die Mitteleuropäische Zeit plus drei Stunden. Andererseits bleiben Grossbritannien und Irland sowie Portugal unverändert eine Stunde hinter der Mitteleuropäischen Sommerzeit.

Bonn: Koalition einigte sich über Innen- und Rechtspolitik

(spk/dpa) Die Koalitionspartner CDU, CSU und FDP haben sich in Bonn auf eine Reihe von Vorhaben für die Innen- und Rechtspolitik der kommenden vier Jahre geeinigt. Dies betrifft insbesondere das Demonstrationsstrafrecht und Gesetz zur Bekämpfung des Terrorismus und schwerer Kriminalität. Wie es am Dienstag in der west-deutschen Hauptstadt hiess, müssen Einzelheiten der in Betracht gezogenen Gesetzesänderungen jedoch noch festgelegt werden.

Im Mittelpunkt des Interesses stand bis jetzt vor allem die sogenannte Kronzeugenregelung und das Vermummungsverbot für Demonstranten. Die Regierungspartner einigten sich darauf, die «notwendigen Massnahmen» bis zum Herbst zu beschliessen. Die beabsichtigte Kronzeugenregelung soll Mördern keine Straffreiheit, sondern lediglich eine Strafmilderung zugestehen. Sie zielt auf Terroristen, die sich von ihren Mittätern abwenden und zur Verhinderung oder Aufklärung terroristischer Straftaten beitragen.

FDP-Vorstand für Hamburger Koalition mit der CDU

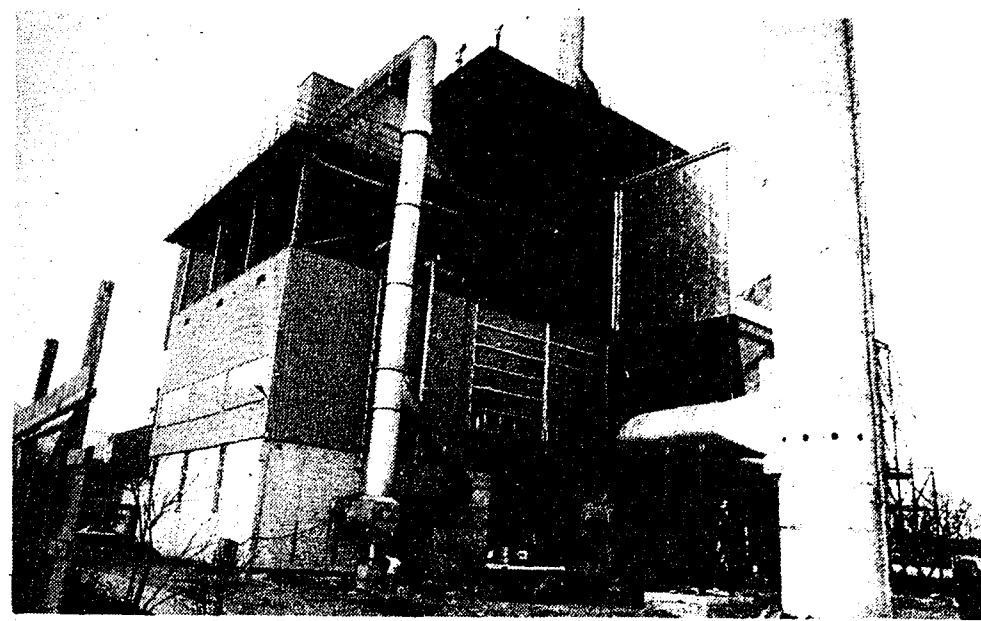
Bonn (AP) Der Bundesvorstand der FDP hat die Entscheidung des Hamburger Landesvorstands unterstützt, bei einem entsprechenden Ausgang der bevorstehenden Bürgerschaftswahlen eine Koalition mit der CDU zu suchen. Der Bundesvorstand unterstrich die Notwendigkeit, in Hamburg eine, wie es hiess, jahrzehntelange personelle Misswirtschaft ebenso zu beenden wie Taktiererei und Verweigerung. Ohne eine starke FDP in der Bürgerschaft könne keine vernünftige Politik für Hamburg gestaltet werden, erklärte der FDP-Vorstand.

Abfallbewirtschaftung und Deponierung schafft Probleme

Einbau der Rauchgaswaschanlage in der Kehrichtverbrennungsanlage Buchs hat begonnen – Abfallgesetz in Bearbeitung

Die aus unserem Land schon seit längerer Zeit geforderte Rauchgaswaschanlage für die Kehrichtverbrennung Buchs wird derzeit eingebaut. Eine «Dampfahne» soll, so der Verein für Abfallbeseitigung (VFA) in einem Bericht an die Delegiertenversammlung der beteiligten Gemeinden, ab August 1987 anzeigen, dass «die Rauchgase der Kehrichtverbrennungsanlage Buchs nach dem neuesten Stand der Technik und den gesetzlichen Vorschriften gereinigt werden». Doch damit sind die Probleme der Abfallverwertung in unserer Region noch nicht behoben, denn die Frage der Deponierung der Rückstände ist noch nicht gelöst.

Im Verlaufe der nun über 20jährigen Zusammenarbeit der liechtensteinischen und der st. gallischen Nachbargemeinden im Bereich der Abfallbeseitigung haben sich unterschiedliche Auffassungen ergeben, die zu Auseinandersetzungen geführt haben. Die als Beispiel einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit geschaffene Vereinigung wurde auf die Probe gestellt in bezug auf die vermehrten Bestrebungen zur Reinhaltung der Luft oder beim Ausbau der zweiten Ofenlinie, die für die Bedürfnisse des bestehenden Verbandsgebietes weit überdimensioniert ausfiel. Heute steht vor allem das Problem der Endlagerung für die nicht weiter verwertbaren Rückstände aus den Öfen



Bei der Kehrichtverbrennungsanlage in Buchs haben die Arbeiten für den Einbau der Rauchgaswaschanlage begonnen. Die Rückstände aus der Rauchgasreinigung jedoch können aufgrund fehlender Deponieplätze in der Region Liechtenstein-Werdenberg noch nicht endgelagert werden, sondern werden einer Zwischenlagerung zugeführt.

und – in absehbarer Zeit – aus der Rauchgaswaschanlage im Vordergrund.

Auflagen für Subventionierung

Der Einbau der Rauchgaswaschanlage, mit deren Erstellung vor wenigen Tagen begonnen wurde, geht auf jahrelanges

Betreiben der liechtensteinischen Verbandsmitglieder zurück, doch hat sich die Entscheidung des Vereins für Abfallbeseitigung durch ein langes Evaluationsverfahren und teilweise auch durch gezielte Hinhalten taktik verzögert. Noch im Sommer 1985 beschloss der Gemeinderat

der Standortgemeinde Buchs, keine Baubewilligung für eine Rauchgaswaschanlage zu erteilen, bevor nicht Klarheit für eine «sichere Entsorgung der Rückstände aus der zusätzlichen Rauchgasreinigung» bestehe. Interventionen der st. gallischen und der liechtensteinischen Regierung veranlassten den Verein für Abfallbeseitigung offenbar zu einer schnelleren Gangart – und die Buchser Gemeindevertretung zur Bewilligung ohne Vorliegen eines Deponiekonzeptes.

Der liechtensteinische Landtag hatte bereits 1983 die Ausrichtung einer Subvention an die Gemeinden für die Erweiterung der Ofenanlage in Buchs an verschiedene Auflagen gebunden, die zum überwiegenden Teil auch heute noch nicht erfüllt sind. Nach dem Vorschlag der Regierung sollte bis Ende 1986 eine Rauchgaswaschanlage eingebaut, ein Konzept zur umfassenden Abfallbeseitigung und Abfallbewirtschaftung erarbeitet und die umweltgerechte Unterbringung von Spezialabfällen gewährleistet sein. Im weiteren sprach sich Regierung und Landtag gegen eine Gebietsvergrößerung für die Abfallverbrennung aus, auch wenn die Kapazität der Verbrennungsanlage nicht ausgelastet sei.

Rückstände aus der Abfallverbrennung waren bis vor kurzem nur auf schweizerischem Gebiet gelagert worden. Mit den vermehrten Forderungen von liechtensteinischer Seite in bezug auf die Rauchgasreinigung erhob sich der Ruf nach Endlagerung in Liechtenstein oder zumindest der Übernahme der nicht verwertbaren Rückstände durch die liechtensteinischen Gemeinden. Schliesslich sicherten die Gemeinden als Mitglieder des Vereins für Abfallbeseitigung für fünf Jahre zu, die Rückstände aus der Rauchgasreinigungsanlage zu übernehmen. Doch bis die Rauchgaswaschanlage in Betrieb genommen wird, dürfte wohl kaum ein geeigneter Deponieplatz auf liechtensteinischem Gebiet vorliegen. Zwar bestehen Vorstellungen zur Ablagerung verschiedener Rückstände in topographisch geeigneten Gebieten, aber die Gemeinden wehren sich bisher gegen die Erstellung einer Deponie auf ihrem Gebiet. Zudem verhinderten Landtagswahlen und – ein Jahr später – die Gemeindevahlen das Vorantreiben der Arbeiten bis zur Vorlage eines konkreten Projektes.

Gleichzeitig mit der Suche nach Deponiekonzepten und Deponieplätzen begannen in Liechtenstein auch die Vorstellungen von der Abfallbewirtschaftung statt der bis anhin üblichen Abfallverbrennung Fuss zu fassen. In einem unter dem Vorsitz von Theo Kindle, dem Leiter des Gewässerschutzamtes, erstellten Grundlagenbericht über Abfallbewirtschaftung werden die Möglichkeiten zu einer sinnvollen Abfallbeseitigung und teilweise auch Abfallverwertung aufgelistet. Nach den dort aufgezeigten Möglichkeiten soll es realistisch sein, die Abfallmenge, die bisher zur Verbrennung geführt wurde, um bis zu 30 Prozent zu verringern. In den Gemeinden sind ausserdem vielfältige Bestrebungen im Gange, den Abfall gesondert zu erfassen. Aber noch stehen die wichtigsten Entscheidungen wie die gesetzlichen Grundlagen für die Abfallbewirtschaftung oder die Zwischen- und Endlagerung aus.

(G.M.)

Ausbau der EDV-Anlage in der Landesverwaltung

Rationalisierungsmassnahmen kosten den Staat im Jahre 1987 insgesamt 750 000 Franken.

Der Liechtensteinische Landtag hat im Zusammenhang mit der Genehmigung des Voranschlags 1987 u.a. auch der Investitionsrechnung seine Zustimmung erteilt. Wir haben uns mit verschiedenen Kapiteln aus der Investitionsvorlage befasst. Heute geht es um die Position der Datenverarbeitung in der Landesverwaltung und um Anschaffung neuer verbesserter Büroausstattungen.

Im Interesse der Rationalisierung ist für das laufende Jahr der weitere Ausbau der Datenverarbeitungsanlage und die Weiterführung der Arbeiten zur Übernahme arbeitsintensiver Abläufe auf die EDV geplant, wie dies im Bericht der Regierung über den Ankauf der Anlage bereits Mitte 1985 dargelegt worden ist. Für die Realisierung der für 1987 ins Auge gefassten Projekte ist mit einem Kre-

ditvolumen von 750 000 Franken zu rechnen.

Interessant im Zusammenhang mit der Realisierung ist die Aufteilung der Kreditpositionen auf die einzelnen Ämter in der Verwaltung.

Landesverwaltung: Basisprogramm für Baukostenkontrolle, Objekt- und Lieferantenstatistik inkl. Betriebsbuchhaltung, Adress- und Korrespondenz-Verwaltung, Textsystem 130 000 Franken. Regierungsekretariate: Textverarbeitungssystem, Büroautomation 180 000 Franken. Landgericht: Konzept für Büroautomation 60 000 Franken. Schulamt: Schüler- und Lehrerdateien, Klasseneinteilung, Notengebung, Rechnungswesen, Aufnahmeverfahren in die weiterführenden Schulen 95 000 Franken. Liechtensteinisches Gymnasium: Textverarbeitung, Datenaustausch mit Schulamts-Projekt 50 000 Franken. Grundbuchamt/Schätzwesen: Eigentümer- und Schätzungskarteien mit angeschlossener Textverarbeitung 70 000 Franken. Sicherheitskorps: Zentrales Schreibsekretariat für Abteilung «B», Vorbereitungs- und Analysearbeiten für Gesamtkonzept für Textverarbeitung 50 000 Franken. Amt für Berufsbildung: Lehrmeister- und Lehrlingsdateien, Prüfungstermine, Fähigkeitsausweise 50 000 Franken. Amt für Volkswirtschaft: Übernahme Gewerbekartei, Vorbereitung einer Karteispeicherung für den Bereich «Geistiges Eigentum» 30 000 Franken. Sozial- und Präventivmedizin: Anschluss des Projektes «Vorsorgemedizin» mit Integration der Schirmbild- und Impfkarteien 10 000 Franken. Presse- und Informationsamt: Zusätze für realisierte Adressdatenbank, Planung des Anschlusses des PC-Netzwerkes an den Telex 10 000 Franken.

Neue und verbesserte Büroausstattung in Gesamtverwaltung

Weitere 700 000 Franken sind für Büromöbel, Büromaschinen, Geräte, Fahrzeuge für die Gesamtverwaltung im Jahre 1987 budgetiert worden. Für die Anschaffung neuer und verbesserter Büroausstattungen sowie für den Einsatz neuer Maschinen, Geräte und Fahrzeuge wurden von den Ämtern und Dienststellen gesamthaft Kreditanträge von über 0,9 Millionen Franken eingebracht. Die Anschaffungsbegehren wurden auf Notwendigkeit und Dringlichkeit überprüft.

Arbeitsgespräch Schweiz–Liechtenstein

Botschafter Dr. Mathias Krafft gestern auf Besuch im Land

Fragen der bilateralen Zusammenarbeit standen gestern auf dem Programm des Besuchs von Botschafter Dr. Mathias Krafft, der zusammen mit Mitarbeitern zu einem Arbeitsgespräch in Vaduz weilte. Die schweizerischen Gäste wurden nach dem Gedankenaustausch mit der Regierung von S.D. Erbprinz Hans Adam auf Schloss Vaduz empfangen.

Botschafter Dr. Mathias Krafft übt die Funktion eines Direktors der Direktion für Völkerrecht beim Eidgenössischen Departement für Auswärtige Angelegen-

heiten aus. Vor kurzem trat er die Nachfolge von Botschafter Dr. Emanuel Diez an, der diese Aufgabe vorher wahrgenommen hatte und in dieser Funktion ebenfalls verschiedene Kontakte zu unserem Land pflegte.

Bei seinem ersten offiziellen Zusammentreffen mit Mitgliedern der liechtensteinischen Regierung wurde Botschafter Krafft von Minister Rudolf Stettler, dem stellvertretenden Direktor der Direktion für Völkerrecht, und von Dr. Bernard Dubois, Chef der Sektion Landesgrenzen und Nachbarschaft, begleitet.



Botschafter Dr. Mathias Krafft, Direktor der Direktion für Völkerrecht in Bern, hielt sich zu einem Arbeitsgespräch mit der liechtensteinischen Regierung in Vaduz auf. Unser Bild zeigt ihn im Gespräch mit S.D. Erbprinz Hans Adam, der Botschafter Krafft und seine Begleitung auf Schloss Vaduz empfing. (Bild: Brigitt Risch)

FBP-Landesausschuss

Klausurtagung auf 30. März verschoben

Die FBP-Klausurtagung vom Samstag, den 14. März 1987 im Haus Stein-Egerta, Schaan (Landesausschuss), wird auf Montag, 30. März, 18.00 Uhr, im Haus Stein-Egerta, Schaan, verschoben.